

**Rede  
der Fraktionsvorsitzenden**

**Johanne Modder, MdL**

zur Aktuellen Stunde TOP 2a)

**Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten – Bund  
und Länder müssen gemeinsam ihrer Verantwortung  
gerecht werden**

während der Plenarsitzung vom 03.06.2015  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede

Die Flüchtlingspolitik war zurecht schon öfter Thema hier im Niedersächsischen Landtag. Und dieses Thema bewegt uns alle doch sehr.

Durch immer mehr Kriegs- und Krisengebieten in der Welt werden die dort lebenden Menschen gezwungen ihre Heimat zu verlassen.

Neben dem Bund und dem Land leisten insbesondere unsere Kommunen einen großen Beitrag bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung dieser Menschen. Und dieser Beitrag geht manchmal über das eigentlich Leistbare hinaus. Das ist uns sehr bewusst und verdient hohe Anerkennung!

Das Gleiche gilt für die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die im ganzen Land unsere Willkommenskultur leben und mit viel Liebe ausfüllen.

Diese Menschen leisten Großartiges! Sie leisten damit nicht nur einen unschätzbaren Beitrag für die Menschen, die zu uns kommen, sondern auch einen besonderen Dienst an unserem Land.

Anrede

Letztlich ist die Aufnahme von Flüchtlingen jedoch eine gesamtstaatliche Aufgabe. Wir begrüßen daher den engen Austausch, den die Landesregierung mit den Kommunalen Spitzenverbänden in dieser Sache pflegt.

Anrede

Die Landesregierung redet aber nicht nur, sie handelt auch und wird ihrer Verantwortung gerecht. Hier ein paar Beispiele:

- Das Land Niedersachsen unterstützt den Einsatz der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen. Wir finanzieren ihre Aus- und Fortbildung.
- Wir haben Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe geschaffen, um die kommunalen Integrationsaufgaben besser zu bündeln. Und die Netzwerkarbeit vor Ort zu verstärken. Die durchschnittliche Förderhöhe des Landes beträgt 30.000 Euro.
- In Osnabrück haben wir einen vierten Standort der Landesaufnahmebehörde geschaffen. Gleichzeitig sucht die Landesregierung mit Hochdruck nach Standorten für weitere Einrichtungen. Wenn wir ehrlich sind, leider nur mit mäßigem Erfolg.

- Zusätzlich haben wir die Kapazitäten in den drei vorhandenen Landesaufnahmebehörden und ihrer Nebenstellen massiv erhöht.
- Mit dem Haushalt für 2015 haben wir die Kostenabgeltungspauschale für die Kommunen nach dem Landesaufnahmegesetz zum 1. Januar 2015 von 5.932 Euro auf 6.195 Euro pro Flüchtling und Jahr erhöht.
- Zusätzlich fließen die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für 2015 und 2016 in Höhe von jeweils 40 Mio. Euro direkt an die Kommunen. Dabei ist die Hälfte nur ein Kredit des Bundes! Das wird dabei leider oft verschwiegen.

Diese und viele weitere Anstrengungen unternimmt das Land, um seiner Verantwortung gerecht zu werden.

Allerdings setzen uns die Haushaltslage und die Schuldenbremse klare Grenzen.

Anrede

Umso mehr freut es uns, dass die Landesregierung ihre Anstrengungen noch einmal intensivieren wird und den Kommunen mehr Geld als bisher zur Verfügung stellen will!

Ich finde, das ist eine sehr gute Nachricht!

Mit einer Soforthilfe von 40 Millionen Euro Landesmittel noch für dieses Jahr, bei angenommenen 40.000 Flüchtlingen in unseren Kommunen, entlasten wir diese mit zusätzlichen 1.000 Euro pro Flüchtling.

Zusammen mit den Bundesmitteln erhalten die Kommunen damit rund 8.200 Euro pro Flüchtling.

Dies ist ein deutliches Signal der Landesregierung an unsere Kommunen! Dazu wird ein Nachtragshaushalt eingebracht. Diese zusätzlichen Hilfen für unsere Kommunen sollen 2016 ff auch fortgesetzt werden.

Dass das den Kommunen immer noch zu wenig ist, ist verständlich und verwundert nicht, wenn man sich die Situation vor Ort ansieht.

Nun muss aber auch der Bund endlich seiner Verantwortung gerecht werden.

Neben einer strukturellen Beteiligung an den Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge endlich in die Lage versetzt werden, die Zehntausende von offenen Asylanträgen zu bearbeiten und sich auch stärker finanziell einbringen.

Anrede

Unser Innenminister hat dazu immer wieder auf Bundesebene Vorschläge gemacht!

Wir alle schauen mit Interesse nach Berlin und hoffen, dass in der nächsten Woche in der Ministerpräsidenten-Runde bei der Bundeskanzlerin vielleicht auch endlich mal der Durchbruch geschafft wird.

Die CDU muss sich endlich bewegen!

Es wäre daher sehr hilfreich, Herr Thümler, wenn auch Sie auf Bundesebene mit uns gemeinsam dafür werben würden. Bisher leider Fehlanzeige!

Wenn Ihnen wirklich etwas an dem Thema liegt, dann begreifen auch Sie endlich, dass wir das nur gemeinsam schaffen werden. Bund, Land und Kommunen!

Die CDU-Ministerpräsidenten von Hessen und Sachsen-Anhalt, Herr Bouffier und Herr Haseloff, unterstützen die Vorschläge der SPD in Berlin und fordern ebenfalls eine stärkere Beteiligung des Bundes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der rechten Seite, nehmen auch Sie Ihre Verantwortung endlich wahr.

Vielen Dank!